

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Vo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

N^o. 139.

32. Jahrgang.
Dienstag, den 24. November

1885.

Fürst Alexander von Bulgarien.

Man wird ohne Weiteres zugeben müssen, daß auf der Balkanhalbinsel gegenwärtig der Fürst Alexander der „interessanteste“ Mann ist. Die von ihm persönlich geleitete überaus wacker verteidigte der bulgarischen Positionen bei Slivniza zeigt ihn auch als erfahrenen Kriegermann, und das will heutzutage, wo der Säbel eine so gewaltige Rolle spielt, viel sagen. Fürst Alexander hat den Abenteuerermuth der Jugend, ist ein Mann der klugen Entschlüsse und der schnellen Ausführung des einmal Beschlossenen.

Es ist heute über jeden Zweifel erhaben, daß sich die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien ohne Zutun Rußlands, ja gegen dessen ausgesprochenen Willen vollzog. Fürst Alexander hat sich Rußland gegenüber niemals als das gefügige Werkzeug gezeigt, das man in Petersburg in ihm zu haben glaubte, und deshalb ist er schon vor langer Zeit dort fallen gelassen worden. Deshalb hat auch seine förmliche Austreibung aus dem russischen Armeeverbande nicht überrascht. Die Verstimmung gegen ihn datirte schon von der Zeit, in der die russischen Generale Stobelew und Kaulbars aus dem bulgarischen Kabinett verdrängt wurden. Seit jener Zeit hat auch die russische Politik einen schonungslosen, offenen und geheimen Krieg gegen den kleinen Fürsten geführt. Dies aber hatte für ihn die gute Folge, daß sein Volk, welches in ihm seine nationale Unabhängigkeit verkörpert sah und ihn als ein Opfer russischer Ränke betrachtete, ihn nur noch um so lieber gewann und sich infolgedessen auch gegenwärtig, in der Zeit der Noth, treu und fest um ihn schart.

Bei der Tausendjahr-Feier der Slawenapostel Cyrill und Method war es in Rußland bereits beschlossene Sache, daß der Fürst Alexander wieder vom Throne gestürzt werden sollte. Als am 6. April bei der großen Feier in Sofia Fürst Alexander auf den Czaren einen Toast ausbrachte, entgegen der anwesenden Vertreter Rußlands, Herr Kojander, nicht (wie es schicklich gewesen wäre) mit einem Hoch auf den Fürsten, sondern mit einem solchen auf das bulgarische Volk, und dem Vertreter Ostrumeliens als Preis des Sturzes des Fürsten vorgeschlagen habe und daß dies Seitens des bulgarischen Ministerpräsidenten ausge schlagen wurde. Man wird sich auch erinnern, daß damals Fürst Alexander sehr schnell von London nach Bulgarien zurückkehrte; damit hat er vielleicht seinen Thron gerettet. Als alle Versuche Rußlands, die Bulgaren und Rumelien vom Fürsten Alexander abwendig zu machen, fehlschlügen, da erfolgte, gewissermaßen aus Aerger über den Mißerfolg, die aufällige Streichung des Fürsten Alexander aus der russischen Armeeliste.

Wenn so ein Kleiner gegen den Starken offen und muthig in die Schranken tritt, so erwidert er unsere Achtung. Aber es kann nicht gelehnet werden, daß die Aussichten des Fürsten Alexander die denkbar ungünstigsten sind. Während er selber bei Slivniza wacker kämpft, dringt von Norden her ein zweites serbisches Corps heran und bedroht die Hauptstadt. Selbst aber wenn der Krieg für Bulgarien siegreich enden sollte, steht der Thron des Fürsten noch lange nicht fest; denn die Großmächte, England vielleicht ausgenommen, sind gegen ihn, weil er den Berliner Vertrag gebrochen hat; Rußland ist sein wüthendster Gegner, obwohl es selbst der Schuldigste bei der ganzen Sache ist. Dadurch aber, daß es so energisch gegen den Battenberger auftritt, sucht es sich von der großen Mitschuld freizumachen.

Als dem jungen Battenberger, der als flotter Lieutenant in Potsdam bei der Garde stand, der bulgarische Fürstenthron angeboten wurde, soll er sich an den Fürsten Bismarck um Rath gewandt haben, ob er das Angebot annehmen solle. Der Reichskanzler soll ihm in seiner bekannten Weise geantwortet haben: „Es wird Ihnen später immer eine interessante Erinnerung sein!“
Wer weiß, ob das Wort nicht bald zur Wahrheit wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der diesmalige Reichstag wird bezüglich der ihm gestellten Aufgaben hinter seinen Vorgängern schwerlich zurückbleiben, denn eine solche Fülle von Arbeitsmaterial ist dem Reichstage bisher noch niemals zugegangen; doch ist damit noch lange nicht die Zahl der gesetzgeberischen Arbeiten abgeschlossen, vielmehr werden von allen Seiten noch weitere Gesetzentwürfe in Aussicht gestellt, darunter von Mitgliedern des Reichstages selbst. Wenn auch nur der überwiegende Theil dieser Arbeiten im Laufe der Session zur Erledigung gelangen soll, so ist ein Abschluß derselben vor Beginn des Sommers kaum zu erwarten.

— Das Centrum hat im Reichstage den Antrag auf Einführung der Verurteilung in Strafsachen wieder eingebracht, die Sozialdemokraten das Arbeiterschutzesgesetz. — Die Konservativen beantragen eine Verfassungsänderung, wodurch von den nächsten Wahlen an die Wahlperiode des Reichstages von drei auf fünf Jahre verlängert werden soll.

— Das Rechtsfahren der Eisenbahnzüge.

Das Bahnpolizei-Reglement für die Eisenbahnen Deutschlands enthält die Bestimmung, daß auf doppelgleisigen Bahnstrecken die Züge das in ihrer Fahrtrichtung rechts liegende Geleise befahren sollen. Mit Rücksicht auf die vielfach vorhandenen Bahnstrecken, welche für das Fahren der Züge in dem für die Fahrtrichtung links liegenden Geleise ausgebaut waren, wurde gestattet, daß bereits bestehende Ausnahmen bis auf Weiteres beibehalten werden dürften. Diese Ausnahmebestimmung mußte im Hinblick auf die kostspieligen und zeitraubenden Umbauten, welche eine alsbaldige Aenderung der Betriebsweise auf den betreffenden Linien bedingte, für diese auf längere Zeit in Geltung gelassen werden, und zwar wurden davon im Ganzen 12,5 pCt. der doppelgleisig ausgebauten Strecken beziehungsweise 4,2 pCt. der Gesamtlänge der Eisenbahnen Deutschlands betroffen. Da im Interesse der Sicherheit des Betriebes eine Einheitlichkeit in der vorgedachten Art des Fahrens der Züge auf die zweigleisigen Bahnstrecken dringend wünschenswerth war, so wurde der Angelegenheit sogleich Aufmerksamkeit gewidmet. Allmählich ist nunmehr auf dem größeren Theil der abweichend betriebenen Bahnstrecken — so noch vor Kurzem auf der Bahnlinie von Leipzig nach Dresden — die Ueberführung in den vorchristmässigen Zustand erfolgt, so daß zur Zeit nur noch nahezu 5 pCt. der vorhandenen zweigleisigen Strecken beziehungsweise 1,45 pCt. der Gesamtlänge aller Eisenbahnen Deutschlands links befahren werden. Nachdem die Behebung der Schwierigkeiten, welche der Beseitigung des Linksfahrens auf einer — früher unter Privatverwaltung befindlichen — preussischen Bahnstrecke noch entgegenstehen, zu erwarten ist, und dem Vernehmen nach nunmehr auch die Großherzoglich badische Regierung sich bereit gefunden hat, auf den badischen Staatsbahnen, welche bereits in den Jahren 1854 und 1855 einem umfassenden Umbau durch die Einführung der normalen Spurweite unterzogen werden müssen, trotz der erneuten Opfer den behufs Einführung des Rechtsfahrens erforderlichen Umbau vornehmen zu lassen, ist den Bemühungen des Reichs-Eisenbahn-Amtes der erfreuliche Erfolg gesichert, daß in wenigen Jahren auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen rechts gefahren wird. Ausgenommen hiervon bleiben zwei kurze Grenzstrecken, auf welchen in Uebereinstimmung mit der Betriebsweise auf den anschließenden fremd-

ländischen Bahnen auch ferner links gefahren werden wird.

— In die Angelegenheit der Verhaftung von Zahlmeistern kommt allmählich einiges Licht. Aus Hildesheim meldet der „Hann. Cour.“, daß gegen den seit einer Reihe von Jahren dort ansässigen Armeelieferanten Wollant eine gerichtliche Untersuchung wegen Bestechung von Militärbeamten anhängig gemacht worden ist. Derselbe war seit mehreren Tagen verreist und wurde am 18. November in Berlin gerade in dem Augenblicke verhaftet, als er nach Hildesheim zurückkehren wollte. Seine Ueberführung in das Untersuchungsgefängniß zu Hildesheim ist nunmehr erfolgt. Wollant hatte die Verpflegung von 34 Bataillonen unserer Armee übernommen gehabt und soll diese zum Nachtheil der Mannschaften ausgeführt haben. Inwieweit sich der gegen denselben vorliegende Verdacht bestätigt, dürfte die eingeleitete Untersuchung gewiß bald zu Tage fördern. Die Angelegenheit hängt offenbar eng mit der Verhaftung von Zahlmeistern in Posen und Münster zusammen, deren noch weitere aus Halle, Spandau, Berlin, Verden, Köln, Landsberg a. W. und Wittenberg gemeldet werden.

— Dänemark. In Jütland fand eine große Versammlung von Grundbesitzern statt, welche nach kurzer Verhandlung „unter Hinweis auf die Verfassung“ fast einstimmig beschloß, die jetzt fälligen Steuern bis dahin nicht zu bezahlen, wo ein Urtheil des Untergerichts vorliegen werde. Dann aber werden zwei der Steuerverweigerer, insofern ein ungünstiges Urtheil vom Unter- und Obergericht ergehen sollte, die Sache bis zum Höchstengericht gehen lassen. Die Kosten der Apellation werden auf alle Steuerverweigerer vertheilt.

— Obwohl die Bulgaren vom Donnerstag bis Sonnabend bei Slivniza den Angriffen der Serben nicht nur siegreich widerstanden, sondern dem Gegner auch erhebliche Verluste beibrachten, hat sich die militärische Lage Bulgariens doch verschlimmert. Eine andere serbische Heeresabtheilung hat nämlich ohne Schwertschlag die Festung Widdin eingenommen und rückt jetzt direct auf die Hauptstadt Sofia los; ein drittes Corps, das von Süden her marschirt, bedroht ebenfalls Sofia. Als Folge der Umgehung von rechts und links wird sich wahrscheinlich ein Zurückgehen der bulgarischen Hauptarmee nöthig machen, um die Hauptstadt zu schützen. — Fürst Alexander soll leicht verwundet sein. Er hat übrigens in den sauren Apfel gebissen und der Pforte angezeigt, daß er und sein Volk sich ihr unterwerfe und daß Ostrumelien von den bulgarischen Truppen geräumt werden solle.

— Eine nevere Nachricht vom Kriegsschauplatz besagt Folgendes: Zwischen Serbien und Bulgarien sind Unterhandlungen an die Stelle des grimmigen Kampfes getreten. Die „Times“ erzählt, der Zweck der plötzlichen Berufung des serbischen Ministerpräsidenten Garaschdranin nach Pirost sei, die Friedensvorschlüge festzusetzen, welche der König von Serbien Bulgarien zu machen gedenke, gleichviel, ob Sofia angenommen werde oder nicht. Die serbische Regierung halte es mit Rücksicht auf die Lage der Türkei und da auf ein aktives Vorgehen Griechenlands nicht zu zählen sei, für angezeigt, Friedensvorschlüge zu machen. Sämtliche englische Morgenblätter geben ihrer Genugthuung über die Erfolge der Bulgaren Ausdruck und heben hervor, daß die Lage in den Balkanländern dadurch wesentlich gebessert sei. „Standard“ wünscht, daß die Kaiserreiche einen sofortigen Waffenstillstand veranlassen möchten. Das „Journal de St. Petersburg“ bemerkt, daß, wenn König Milan daran festhielte, in Sofia einzuziehen, er diesen Erfolg theurer bezahlen würde, als er hoffe.

— Was wollen die Serben? Nichts weniger und nichts mehr als eine neue Grenze gegen Bulgarien; denn, sagen sie, die Karte zeigt, daß die jetzige Grenze gegen Bulgarien im Bistrad geht und in keiner Weise als natürliche Grenze betrachtet werden kann. Was die Serben erstreben, ist eine klare, möglichst gerade Grenzlinie im Anschluß